

A15NEU (Ä2,3) Demokratie verteidigen – alle Instrumente nutzen!

Gremium: LAG Demokratie und Recht + Mitzeichnende: Gazi Freitag, Konstantin v. Notz, Jörn Pohl, Jan Kürschner, Malte Krüger
Beschlussdatum: 02.04.2024
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

1 Unsere Demokratie ist in Gefahr. Rechtsextremist*innen und Rechtspopulist*innen
2 wollen sie zerstören. Die AfD radikalisiert sich immer stärker, Umsturz- und
3 Deportationsfantasien werden zunehmend versucht, politisch tatsächlich
4 umzusetzen. Auch über die sozialen Netzwerke bewusst vorgenommene
5 Diskursverschiebungen finden Wiederhall: Das Unsagbare wird mehr und mehr, auch
6 für erschreckend große Teile der Mitte der Gesellschaft, sagbar. Aus Worten
7 werden zunehmend auch Taten: Schon jetzt gehören rassistische und antisemitische
8 Übergriffe für viele Menschen - auch in Schleswig-Holstein - längst zum Alltag.

9 Rechtsextremist*innen schüren Angst, verbreiten Hass und Hetze, bis hin zu
10 strafbaren Äußerungen. Sie diskreditieren rechtsstaatliche Institutionen,
11 stellen die freiheitlich demokratische Grundordnung offen in Frage und wollen
12 unsere Demokratie gänzlich abschaffen. Sie bedrohen unsere Freiheit, sie wollen
13 Minderheiten- und Oppositionsrechte angreifen und einschränken. Deshalb müssen
14 wir unsere Demokratie mit allen Kräften verteidigen.

15 Dazu braucht es die Stimmen aller Demokrat*innen und eine starke
16 Zivilgesellschaft: Alle sind aufgefordert, jetzt sichtbar und hörbar Haltung zu
17 zeigen. Im Netz, auf der Straße, bei der Wohnungssuche, in der Schule, bei der
18 Arbeit, in der Familie: Wir müssen zusammenstehen, und Hass und Hetze die Stirn
19 bieten.

20 Demokratie ist eine Form der Gemeinschaft, die miteinander gestaltet, anstatt
21 Einzelne oder Gruppen auszuschließen. Sie ist nicht selbstverständlich, sondern
22 muss jeden Tag aufs Neue gelebt und ausgehandelt werden. Demokratisch Handeln
23 bedeutet, alle Menschen als gleichwertig zu betrachten, zu hören, den Dialog zu
24 suchen, inhaltlich zu ringen und Kompromisse auszuhandeln.

25 Unsere liberale Demokratie ist eine historische Errungenschaft, die uns wehrhaft
26 vor den Feind*innen der demokratischen Ordnung schützt, die auf der Würde aller
27 Menschen gründet und deshalb auch, und gerade in Krisen, alle Menschen mitdenkt.
28 Unsere Überzeugungen von Liberalität, Zukunftssicherheit, Menschenwürde und
29 demokratischer Wehrhaftigkeit basieren auf einem Grundgesetz, das uns nicht nur
30 verpflichtet, Sicherheit zu organisieren, sondern das uns hierbei auch konkret
31 leitet. Die Würde des Menschen aus Art. 1 Abs. 1 GG zu achten und zu
32 verteidigen, muss Kern aller Politik sein.

33 Schutz vor Demokratiefeindlichkeit – für eine offene Gesellschaft!

34 Die größte Bedrohung für die Demokratie geht vom Rechtsextremismus aus. Dabei
35 beobachten wir seit vielen Jahren eine Entgrenzung: Verfassungsfeindliche
36 Einstellungen sind in Teilen der Gesellschaft verbreitet und kein Phänomen eines
37 definierbaren Randmilieus. Doch längst verharren extrem rechte Einstellungen
38 nicht mehr in den eigentlichen rechtsextremistischen Strukturen, sondern
39 organisieren und artikulieren sich immer sichtbarer: Reichsbürger*innen,

40 völkische Siedler*innen, Querdenker*innen, die AfD, die Junge Alternative, die
41 Desiderius-Erasmus-Stiftung. Die AfD ist längst zum parlamentarischen Arm des
42 Rechtsextremismus geworden – auf kommunaler wie auf Landes- und Bundesebene.
43 Dabei zielt rechtsextremistische Ideologie bewusst auf das Zerstören von
44 Vertrauen: Während rechtsextremer Terror und rechtsextreme Netzwerke die
45 Institutionen der Demokratie angreifen, bedrohen Rassismus und
46 Menschenfeindlichkeit Menschen in ihrem Alltag. AfD und andere
47 Rechtspopulist*innen versuchen bei jeder Gelegenheit, das Unsicherheitsgefühl
48 der Menschen zu adressieren. Dem stellen wir uns entschlossen entgegen.

49 Auf allen Ebenen wehrhaft sein

50 Viele Menschen in Schleswig-Holstein gehen immer wieder auf die Straße, um sich
51 gegen diese Entwicklungen zu wehren. Wir wollen alle Anstrengungen unternehmen,
52 um für unsere Demokratie zu kämpfen und sie mit allen rechtsstaatlichen Mitteln
53 zu verteidigen. Dabei geht es immer um ein Zusammenspiel von Politik,
54 Zivilgesellschaft und Sicherheitsbehörden.

55 Um wirksam gegen rechtsextreme Ideologien vorzugehen, stärken wir
56 zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus,
57 den Kampf gegen Antisemitismus, wir stärken politische Bildung, die Arbeit der
58 Gedenkstätten und wir stellen Schleswig-Holstein rassistisch auf.

59 Wir setzen uns dafür ein, dass im Bund und im Land die notwendigen rechtlichen
60 Voraussetzungen geschaffen werden, um unsere Bemühungen zur Demokratieförderung
61 und Antidiskriminierungsarbeit noch weiter zu stärken.

62 Alle Instrumente der wehrhaften Demokratie in den Blick nehmen

63 Die zunehmende Radikalisierung der AfD ist vor dem Hintergrund der Wahlprognosen
64 eine ernsthafte Gefahr für unsere Demokratie. Anfang des Jahres hat das
65 Recherchemedium Correctiv ein Treffen von AfD-Mitgliedern und anderen
66 Rechtsextremist*innen aufgedeckt, aber dieses Treffen ist kein Einzelfall. Immer
67 wieder treffen sich Rechtsextremist*innen, um Strategien zur konkreten Umsetzung
68 ihrer menschenverachtenden Ziele und Vorhaben zu entwickeln. Die Verstrickungen
69 zwischen der AfD und rechtsextremen, teils gewaltbereiten Personen und
70 Strukturen werden immer sichtbarer. Die bekannt gewordenen Pläne und zahlreichen
71 Äußerungen von Funktionär*innen und Parteimitgliedern sind rassistisch,
72 demokratiefeindlich und verfassungswidrig.

73 Die Demonstrationen gegen das Erstarken des Rechtsrucks in den vergangenen
74 Wochen haben gezeigt, dass die Mehrheit in unserem Land für Toleranz, Vielfalt
75 und Demokratie steht. Viele Menschen haben zum ersten Mal in ihrem Leben
76 demonstriert. Es haben sich breite Bündnisse gebildet, z.B. in der Wirtschaft
77 und im Sport. Es wurde zu spontanen Kundgebungen und Demos in großen und kleinen
78 Orten aufgerufen. Wir alle haben deutlich gezeigt, dass wir gemeinsam die
79 Brandmauer sind und unsere Demokratie entschlossen verteidigen.

80 In Umfragen für die Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen im
81 Herbst dieses Jahres liegt die AfD mit rund 30 Prozent vorn. Und das, obwohl die
82 AfD Landesverbände von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen vom
83 Verfassungsschutz bereits als gesichert rechtsextremistisch eingestuft wurden
84 und die Brandenburger AfD ebenfalls als rechtsextremistischer Verdachtsfall
85 eingestuft ist.

86 Es ist wichtig, dass wir alle Instrumente der wehrhaften Demokratie und unseres
87 Rechtsstaats gegen die Feind*innen unserer Verfassung nutzen. Ein Baustein kann
88 sein, ihnen ihre finanziellen Mittel zu streichen. Dafür wollen wir, sofern
89 rechtliche Möglichkeiten bestehen, die Förderung durch öffentliche Gelder an die
90 AfD und AfD-nahe Vereine sowie ihr nahestehende Stiftungen verhindern. Wir
91 müssen die Finanzierung von rechtsextremen Strukturen austrocknen, denn so
92 schwächen wir ihre Bildungs- und Vernetzungsarbeit. Rechtsextreme Finanzströme
93 müssen stärker als bisher aufgeklärt und verfolgt werden.

94 Um unsere Demokratie zu schützen, ist es erforderlich, dass wir
95 Verfassungsfeind*innen konsequent entwaffnen. Wir haben in diesem Bereich gute
96 Rahmenbedingungen geschaffen, die wir jetzt entschlossen anwenden und umsetzen
97 werden.

98 Mit der Reform des Bundesdisziplinarrechtes sind wir einen Schritt weiter beim
99 Schutz unseres Rechtsstaates. Wir zeigen, dass wir keine Rechtsextremist*innen
100 im öffentlichen Dienst dulden. Auch auf Landesebene wollen wir das
101 Disziplinarrecht dementsprechend ändern.

102 Die Wehrhaftigkeit unserer Verfassungsorgane auf Landes- und Bundesebene wollen
103 wir stärken und werden hierzu nötigenfalls entsprechende gesetzliche Änderungen
104 auf den Weg bringen. Hierbei fordern wir auch, notwendige Änderungen des
105 Grundgesetzes vorzunehmen.

106 Politische Bildung gegen Rechtsextremismus stärken

107 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein bekräftigen die Forderungen der
108 Beschlüsse „Politische Bildung in Schleswig-Holstein stärken“ des
109 Landesparteitages aus November 2019 und „Verschwörungserzählungen keine
110 Plattform bieten!“ aus Januar 2020. Unser Fokus muss unverändert auch auf der
111 inhaltlichen Arbeit gegen Rechtsextremismus liegen. Eine stabile
112 Zivilgesellschaft mit starken Initiativen gegen Rechtsextremismus, gute und
113 dauerhaft etablierte politische Bildung, die im Bildungssystem und im Alltag der
114 Menschen Wirkung entfaltet sowie eine lebendige und vielfältige Demokratie sind
115 die Grundpfeiler dieser Arbeit.

116 Um langfristig etwas gegen Rechtsextremismus, Desinformation, Fake News und
117 Verschwörungserzählungen zu unternehmen, ist politische Bildung unersetzlich.
118 Denn politische Bildung ist essenziell, um kritisches Denken hinsichtlich
119 politischer und wissenschaftlicher Sachverhalte anzuregen. Wir betonen, dass
120 politische Bildung nicht nur eine Bedeutung für junge Menschen hat, sondern sich
121 insbesondere auch an ältere Menschen richten muss. Expert*innen sehen diese
122 Bevölkerungsgruppe als besonders gefährdet für Desinformationskampagnen an,
123 weshalb wir uns für einen stärkeren Fokus von Informationskampagnen und
124 Bildungsangeboten auf ältere Menschen aussprechen.

125 Demokratiebildung stellt die zentrale Säule der Wertebildung an Schulen dar. Wir
126 wollen, dass Demokratiebildung fächerübergreifend weiter gestärkt wird und
127 dadurch einen höheren Stellenwert bekommt. Das Erlernen von kritischem Denken
128 muss an Schulen und anderen Bildungsorten ein zentraler Baustein von Bildung
129 sein.

130 "Wir möchten Lehrkräfte dabei stärken, Position für Demokratie und Rechtsstaat
131 zu beziehen.

132 In Schulen muss zwar selbstverständlich eine Parteipolitisch Neutralität
133 herrschen, das Schulgesetz schreibt den Lehrkräften jedoch keine Neutralität
134 gegenüber verfassungsfeindlichen und menschenverachtenden Auffassungen und
135 Ideologien vor. Vielmehr soll auch in Schulen eine Erziehung zu Demokratie und
136 den Werten des Grundgesetzes erfolgen.

137 Um diesem Ziel gerecht zu werden, fordern wir die Grüne Landtagsfraktion als
138 Teil der Landesregierung auf Schulleiter*innen und Lehrer*innen in der Umsetzung
139 des Beutelsbacher Konsenses zu unterstützen. Diese hat bereits im Erlass zur
140 politischen Bildung in Schulen vom 06.07.2016 seinen Niederschlag gefunden.

141 Der Beutelsbacher Konsens beinhaltet das Verbot Schüler*innen eine Meinung
142 aufzudrängen. Zudem müssen wissenschaftlich und gesellschaftlich kontroverse
143 Meinungen auch als solche behandelt werden. Hinzu kommt, dass Schüler*innen zum
144 eigenen politischen, sozialen Handeln und zum Bilden eigener kritischer
145 Meinungen angeregt werden sollen."

146 Es darf nicht nur in der Schule angesetzt werden. Vielmehr müssen für alle
147 Altersgruppen Angebote geschaffen werden, um politische Bildung
148 generationenübergreifend zu fördern und langfristig zu etablieren. Insbesondere
149 Stiftungen und Verbände, die sich kritisch mit Verschwörungserzählungen,
150 Rechtsextremismus und -populismus auseinandersetzen, müssen in ihrer Arbeit
151 unterstützt werden, ohne dass ihre Unabhängigkeit gefährdet wird.

152 Wir GRÜNE stehen gemeinsam mit allen Demokrat*innen zusammen und werden
153 weiterhin auf allen Ebenen eine klare Haltung für unsere Demokratie beweisen.
154 Auf der Straße, in den sozialen Medien, im Betrieb und in den Parlamenten, egal
155 ob auf kommunaler, Landes-, Bundes- oder europäischer Ebene.

156 Gemeinsam sind wir stark im Kampf gegen Rechtsextremismus.